

Anlage zur Mitteilung

Vorlagen-Nummer 0819/2016 Abschlussbericht des Projektes „Willkommen in Köln“

Die Städte Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Hamm, Wuppertal und Köln machten von der Möglichkeit einer Antragstellung zur Ko-Finanzierung durch ESF Mittel und Mittel des Landes Nordrhein-Westfalen gebrauch und konnten damit Fördermittel für Projekte im Rahmen der Armutszuwanderung für den Zeitraum 2014/2015 umsetzen.

Die Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung mbH / G.I.B entwickelte für alle Pilotkommunen ein Monitoring, aus welchem folgend einige Angaben benannt sind.

Kooperationspartner im Projekt waren:

- Ehrenfelder Verein für Arbeit und Qualifizierung (eva) e. V.
(in Zusammenarbeit mit Veedelsmanagement e.V.)
- Lernende Region - Netzwerk Köln e. V.
(in Zusammenarbeit mit der Christlichen Sozialhilfe Köln e.V. / CSH)
- Caritasverband für die Stadt Köln e. V.

Erfolg und Auswirkungen der Maßnahme:

Im Antrag zum Pilotprojekt wurden Indikatoren festgelegt, die zur Erreichung und zur Überprüfung der Projektziele notwendig waren.

In der Projektlaufzeit konnten die benannten Indikatoren im vollen Umfang erreicht und teilweise sogar überschritten werden.

Die Zahlen / Indikatoren des Antrages waren u.a. folgende:

- mindestens 20 Informationsveranstaltungen pro Jahr
- mindestens 100 Personen nehmen hieran teil
- mindestens 30 Personen werden motiviert, an Deutschkursen teilzunehmen
- mindestens 50 Personen haben persönliche Beratung in Anspruch genommen, um sich konkreter auf den Arbeitsmarkt vorbereiten zu können

Angaben aus dem Monitoring:

Anzahl der eigenen Veranstaltungen , mit der die Zielgruppe angesprochen wurde	67
Anzahl der Veranstaltungen Dritter , mit der die Zielgruppe unter aktiver Beteiligung von Mitarbeiter/innen des Modellprojektes Armutszuwanderung angesprochen wurde	20
Anzahl an Personen der Zielgruppe in den beiden zuvor genannten Veranstaltungen	885
Anzahl an Personen der Zielgruppe in den beiden zuvor genannten Veranstaltungen, von denen bekannt ist, dass sie für weitere individuelle Ansprachen, Beratungen oder Aktivierungen gewonnen werden konnten.	425

Anmerkungen zum Monitoring

Das Monitoring sollte Grundinformationen über die Entwicklung in den einzelnen Modulen sowie zu personen- und beratungsbezogenen Merkmalen geben. Zudem diene das Monitoring als Diskussionsgrundlage in den jeweiligen Kommunen wie aber auch beim überregionalen Austausch mit den anderen sechs Standorten. Der Monitoringbogen wurde von der G.I.B. entwickelt. Dabei sollten keine Personen, sondern ausschließlich die Ansprachen/Beratungen gezählt werden.

Bereits zu Beginn des Projektes wurde seitens der Projektkoordination auf die Schwierigkeit verwiesen, dass zum Beispiel für die Nennung von Problemlagen jeweils nur ein Hauptmerkmal möglich ist. Im Monitoringbogen waren keine Mehrfachnennungen vorgesehen. Es ist bekannt, dass Personen, die ein Beratungsangebot in Anspruch nehmen, in der Regel von Mehrfachproblemlagen betroffen sind. Des Weiteren konnten in der Spalte „Aktivierungen“ nur folgende Möglichkeiten genannt werden: Kompetenzfeststellung, Alphabetisierung/ Sprachvermittlung, Qualifizierung. Aus Sicht der Koordinatorinnen waren je nach Gesprächsinhalt bzw. Problemlage diese Wahlmöglichkeiten nicht ausreichend, denn Aktivierungen die über die genannten Spalten hinaus erfolgten konnten in dem Bogen nicht aufgeführt werden, beispielsweise Vermittlungen in das Regelsystem.

Es gab Problemlagen z.B. im Bereich der Gesundheit oder bei prekären Wohnverhältnissen, in denen die Kundinnen und Kunden wenig bis keine Möglichkeiten hatten, sich ausreichend um einen Arbeitsstelle/ Ausbildungsplatz zu kümmern. Die Absicherung der sozialen Lebenslagen stand hier im Vordergrund der Beratung. Diese Punkte konnten allerdings im Monitoring nicht abgebildet werden. Für die statistische Erhebung wurden in der Praxis im Laufe des Projektes die Zuordnungen zu den Kategorien nach Art der Beratung vorgenommen.

Aus Sicht des MAIS und der G.I.B. handelte es sich um ein Monitoring und keine Evaluation, für sie musste keine personenbezogene Fallstatistik geführt werden. Zu Beginn des Projektes wies das MAIS darauf hin, dass von dort geplant sei, die Modellprojekte auf der Basis einer wissenschaftlichen Begleitung zu evaluieren. Dies ist bis zum Abschluss des Projektes nicht geschehen.

Um die Wirkung der einzelnen Projekte passender ableiten zu können, würde sich aus Sicht der Praxis empfehlen, eine personenbezogene Evaluation/ Monitoring durchzuführen.

Beispiele für Aussagen aus dem Monitoring, die aussagefähig auch ohne Nennung der Personenzahl waren.

Eine der Aussagen des Monitoring war, dass die größten Probleme der Menschen aus Rumänien und Bulgarien im Bereich Sprache und Arbeit lagen. Die Konsequenz daraus für die Kommune war und ist die Verbesserung der Sprachkompetenzen und die Schaffung von Arbeitsplätzen bzw. die Zugänge zu diesen.

- Im Projekt wurde dem Rechnung getragen, indem in kleineren Teilprojekten die Themen Arbeit und fachbezogene Sprachangebot kombiniert wurden.
- Sprachkurse wurden den Bedürfnissen der Menschen angepasst. Heißt, Sprachkurse wurden in den Abendstunden durchgeführt. Da die Personen direkt von der Arbeit kamen, wurden

Getränke und Kleinigkeiten zu Essen angeboten, da ansonsten die Konzentration der Teilnehmenden nicht ausreichend vorhanden gewesen wäre.

Eine weitere Aussage des Monitorings war die Tatsache, dass die größte Gruppe Menschen ohne Schulabschluss und ohne Hauptschulabschluss war. Rund zwei Drittel der Menschen hatten keinen Berufsabschluss. Somit fehlten meist auch Formen von selbstständiger Tagesstrukturierung, pünktlichem Erscheinen beim Arbeitgeber und ähnlichem.

- Als Konsequenz aus dieser Feststellung wurden sehr niederschwellige Grundlagen geschaffen. Hierbei ging es vor allem darum, Personen an Tagesstrukturen heranzuführen und mit ihnen zu erarbeiten, diese eigenständig einzuhalten.

Erfasste Zahlen des Monitoring

Die Anzahl der Ansprachen/ Beratungen wurde unterteilt in die Kontaktaufnahme ohne Beratung (z.B. nur die Weitergabe von Flyern etc.), in die Kurzberatungen bis zu 20 Minuten und die umfassende Beratungen über 20 Minuten.

- Kontaktaufnahme ohne Beratung: 5.887
- Kurzberatung zum Beispiel mit Verweis an weitere Angebote: 3.316
- Umfassende Beratung: 3.846

Aus all diesen Beratungen und Ansprachen konnten 829 Menschen aktiviert werden. Das heißt, mit ihnen wurden Kompetenzfeststellungen durchgeführt, sie wurden in Sprachkurse vermittelt oder durch Informationsveranstaltungen und Bewerbungstrainings und ähnliches qualifiziert.

In sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse konnten 155 Menschen vermittelt werden, beispielsweise als Elektriker, Schneiderin, LKW-Fahrer, Zeitungszusteller, vor allem aber im Reinigungs- und Gastronomiebereich.

Fazit

Aus dem Monitoring ergab sich eine sehr hohe Beratungs-/ Aktivierungszahl, die einen guten Überblick über die Quantität des Projektes gab. Aus Sicht der Kommune weist das Monitoring allerdings Lücken auf, die eine qualitative Erhebung von Fallzahlen und individuellen Beratungsanliegen und Beratungswegen nicht verdeutlichen. Durch das Monitoring entstand kein qualifizierter Einblick über die Lebenslagen, Problemlagen, vor allem aber auch nicht über Potenziale und Ressourcen der Einzelnen. Vielmehr dienen diese Zahlen auf ministerialer Ebene als Diskussionsgrundlage für finanzierte und gelungene Aktivierungsmaßnahmen durch Landes- und EU Mittel.

Die Projektträger haben für sich jeweils eigene Statistiken und Akten für die Kundinnen und Kundengeführt und somit gewährleistet, dass eine qualitativ hochwertige Projektarbeit stattfinden konnte.

Gab es Abweichungen von dem Zuwendungsbescheid zu Grunde liegenden Planungen und vom Finanzierungsplan? Falls ja, welche und warum?

Verspäteter Zuwendungsbescheid

Der offizielle Zuwendungsbescheid wurde erst am 14.05.2014 von der Bezirksregierung versandt und ging am 01.06.2014 bei der Stadt Köln ein. Auch wenn vorab der vorzeitige Maßnahmenbeginn genehmigt worden war, bestanden immer noch Unwägbarkeiten bezüglich der Bewilligung der Bezirksregierung –Kürzung des Bewilligungszeitraums und ähnliches. Aus diesem Grund, konnten auf Seiten der Kooperationspartner bis zu diesem Zeitpunkt noch keine Personaleinstellungen erfolgen.

Dennoch: Ungeachtet des fehlenden Zuwendungsbescheides wurde bereits ab Januar 2014 mit Vorarbeiten, Infoveranstaltungen und ähnlichem begonnen. Trotz der Hindernisse zu Beginn – der offizielle Bewilligungsbescheid wurde mit fünf Monaten Verzögerung erteilt – wurden die Ziele des Projektes erreicht. Umwidmungen vom Haushaltsjahr 2014 in das Haushaltsjahr 2015 waren erforderlich, wurden bei der Bezirksregierung beantragt und von dort genehmigt.

Eine weitere eklatante Abweichung zu hiesigen Planungen war das Herausnehmen der Module „Lot-sen“ und „Sprachförderung“. Das Konzept des hiesigen Projektes basierte auf aufeinander abgestimmte Module, mit denen aus hiesiger Sicht das Ziel der Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen aus Südosteuropa im Stadtgebiet Köln mit den Schwerpunkten Arbeitsmarkt, Alphabetisie-

rung, Begegnung und Beratung erreicht werden sollte.

Auswirkungen durch Herausnahme des Moduls Lotsen des Ursprungsantrages

Sozialraumanalysen hatten ergeben, dass Handlungsbedarfe zur Verbesserung der Lebensbedingungen von EU-Neuzuwanderer-Familien und der Kommunikation verschiedener Bevölkerungsgruppen untereinander bestehen. Besonders Menschen mit eigenem Migrationshintergrund sowie ausreichend bilingualen und bikulturellen Kenntnissen sowie interkulturellen Kompetenzen sollten als Integrationslotsen zwischen Zugewanderten und den vorhandenen Dienstleistungsstrukturen vermitteln mit dem Ziel, Integration im Sinne der Verbesserung von Zugangs- und Teilhabechancen zielgerichtet zu fördern.

Durch die Tatsache, dass das Modul „Lotsen“ aus dem Ursprungsantrag herausgenommen und erst ein Jahr später im Rahmen eines Sonderauftrags bewilligt wurde, waren erhebliche Anpassung notwendig. Fast alle Beraterinnen und Berater bei den Kooperationspartnern verfügten über eine hohe Kompetenz an Mehrsprachigkeit, über das das viele als Muttersprache Rumänisch und Bulgarisch sprachen. Sinnvoller wäre es allerdings gewesen, wenn –wie im Antrag konzipiert- zum Beispiel für Begleitungen zum Regelsystem wie Jugendamt, Wohnungsamt etc. Lotsen hätten in Anspruch genommen werden können. Nach Bewilligung des Lotsenprojektes konnte festgestellt werden, dass der Arbeitsablauf durch die Unterstützung der Lotsinnen und Lotsen sehr viel effizienter gestaltet werden konnte.

Die Vermittlungszahlen durch den Einsatz der beiden Arbeitsmarktlotsen stiegen auffallend. Der Schluss ist durchaus zulässig, dass ein Verbleib des Moduls Lotsen im Ursprungsaufruf und -antrag sinnvoll und zielgerecht gewesen wäre.

Auswirkungen durch Herausnahme des Moduls Sprachförderung des Ursprungsantrages

Bildungsarmut war und ist ein elementares Risiko für weiterreichende Armut in Generationenfolge. Ohne eine Alphabetisierung sowie ausreichender Kenntnis der deutschen Sprache konnten Anamnesen, die Beratung hinsichtlich lebenspraktischen Wissens und letztlich die Integration in den Arbeitsmarkt nur schwer erfolgen.

Im Modul „Sprachförderung“ war an den Standorten Kalk / Mülheim und Ehrenfeld geplant, Angebote zur Grundalphabetisierung und zur Vermittlung von Sprachkenntnissen mit Erwerbsweltbezug vorzuhalten. Wie bereits oben zum Thema Monitoring beschrieben, war das größte Problem der Menschen aus Rumänien und Bulgarien die fehlende Sprachkompetenz. Durch die Herausnahme dieses Moduls aus dem Ursprungsantrag konnten die Erfahrungen, die nachfolgend beschrieben werden, erst rund ein halbes Jahr nach Projektbeginn gemacht werden. Dem Projektauftrag des MAIS war die VHS selbst gefolgt und hatte den Antrag auf Förderung von Sprach- und Alphabetisierungskursen mit Erwerbsweltbezug gestellt.

Auffällig bei den Sprachkursen war, dass die Kurse nicht den Bedarfen der Menschen entsprachen. Die vorgeschriebenen Stundenkontingente und Kurszeiten waren mit den Kapazitäten der Teilnehmenden nicht in Einklang zu bringen. Als Konsequenz daraus wurden Kursangebote in die Abendstunden gelegt, um die Menschen zu erreichen, die tagsüber ihren Lebensunterhalt versuchten zu bestreiten. Des Weiteren wurden zu Beginn der abendlichen Sprachkurse teilweise Getränke und Obst zur Verfügung gestellt, damit auch am Abend den Teilnehmenden noch eine gewisse Konzentration möglich war.

Für die Zukunft ist als Quintessenz zu planen, dass die Kurse kleiner und berufsbezogener sein müssen. Dafür sind unter anderem Arbeitgeber zu gewinnen, die die Menschen in kleinen Gruppen arbeiten und an fachbezogenen Sprachkursen teilnehmen lassen – siehe auch Teilprojekt EVA. Über das dort im Herbst 2015 erfolgte Projekt „Reinigungskräfte“ werden dieser Mitteilung Zeitungsartikel beigefügt.

Die im Antrag 2013 enthaltenen Module zu den Integrationslotsen und der Sprachförderung mussten aufgrund angekündigter Sonderaufträge seitens des MAIS herausgenommen werden. Die Sprach- und Alphabetisierungskurse mit Erwerbsweltbezug starteten nach den Sommerferien 2014 (Antragsteller war, wie oben genannt, die VHS), das Pilotprogramm „Integrationslotsen“ begann erst zum 01.01.2015.

Fazit

Die Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmenbeginns hatte in Köln und den anderen Pilotkommunen nicht zur Folge, dass sofort mit den Projekten begonnen wurde. Denn wie in Köln wurde auch in den anderen Städten von Verwaltungsseite darauf hingewiesen, dass erst mit dem Bewilligungsbescheid die 100%ige Sicherheit besteht, die beantragten Gelder tatsächlich auch ungekürzt zu bekommen. Da der Bewilligungsbescheid in der Regel erst Monate nach dem vorläufigen Maßnahmenbeginn ausgesprochen wurde, entstand in der Praxis und insbesondere für die Träger und somit für die Kundinnen und Kunden ein Finanzierungsproblem, wodurch dringend notwendige Maßnahmen erst verspätet beginnen konnten.

Für das Projekt „Willkommen in Köln“ hieß das konkret, dass das Projekt eine verkürzte Maßnahmenlaufzeit von fünf Monaten hatte. Dank großer Anstrengungen vor Ort, Umschichtungen von Mitteln wurden die gesetzten Ziele erreicht.

Stellte sich im Projektverlauf die Situation bzw. Herausforderung anders dar? Wenn ja, wie?

Situation und Herausforderungen, aufgrund derer die Stadt Köln 2013 dem Aufruf des MAIS gefolgt ist

Der Beitritt Rumäniens und Bulgariens in die Europäische Gemeinschaft wurde 2007 entschieden, zum 01.01.2014 folgte die Arbeitnehmerfreizügigkeit. Bereits seit 2007 war bekannt, dass die Lebens- und Beschäftigungsverhältnisse vieler Menschen in diesen Ländern äußerst prekär sind und viele rumänische und bulgarische Staatsbürger/innen versuchten, ihre schlechte ökonomische und soziale Situation durch Erwerbstätigkeiten in anderen europäischen Ländern, unter anderem in Deutschland, zu verbessern. Besonders in Nordrhein-Westfalen betroffen waren das Ruhrgebiet und Köln. Sowohl zum Zeitpunkt der Antragstellung als auch heute zeigt die spezifische Situation im Kölner Stadtgebiet und die Konzentration der Zuwanderungsbewegung von Menschen aus Südosteuropa, dass besonders die Stadtteile Ehrenfeld, Kalk und Mülheim betroffen waren und sind. Deshalb wurde das Projekt Willkommen in Köln im Wesentlichen auf diese drei Stadtteile ausgerichtet. Das Projekt umfasst damit drei große Stadtteile sowohl linksrheinisch (Ehrenfeld) als auch rechtsrheinisch (Kalk, Mülheim). Die Weiterentwicklung des Projektes Willkommen in Köln für das Jahr 2016 betrifft weiterhin die genannten Stadtteile mit einer verstärkten quartiersbezogenen Ausrichtung. Bestandteile des Projektes Willkommen in Köln waren unter anderem die aufsuchende Beratung und die niederschwellige Begegnung, sie sind in 2016 der konkreten Ausrichtung auf die Arbeitsmarktintegration gewichen.

Situation und Herausforderungen im Stadtteil Ehrenfeld

Als ehemaliger Arbeiter- und Industriestadtteil zog Ehrenfeld seit den 60er Jahren Zuwanderer und Zuwanderinnen aus unterschiedlichen Ländern an. Rund ein Drittel der Ehrenfelder und über die Hälfte der unter 18-Jährigen haben einen Migrationshintergrund.

In den letzten Jahren haben sich vermehrt von materieller und Bildungsarmut geprägte Arbeitswanderer aus Südosteuropa niedergelassen und versuchten, sich ihren täglichen Lebensunterhalt meist durch handwerkliche und Lastentätigkeiten auf Baustellen und in Schwarzarbeit zu verdienen. Im Stadtbild besonders auffällig war der sogenannte „Arbeiterstrich“, der sich vor einer Bäckerei an der Venloer Straße/Ecke Hansemannstr. gebildet hat. Weitere Sammelpunkte bildeten sich am Ehrenfelder S-Bahnhof und am Westfriedhof (Stadtteil Bickendorf).

Durch intensive aufsuchende Beratung, die niederschwellige Begegnungsstätte und viele niederschwellige Aktivitäten konnten im Projektverlauf viele Personen erreicht werden.

Insgesamt wurden 4.725 Menschen individuell (z.B. über den Streetworker, Flyer und ähnliches) angesprochen worden, 1.054 Menschen nahmen eine umfassende Beratung in Anspruch und 205 Personen konnten „aktiviert“ werden.

In vielen Fällen konnte eine Vermittlung an die Regeldienste erfolgen. Allerdings war in den meisten Fällen die Begleitung durch eine Lotse/in/ Sprach- und Kulturmittler/in notwendig. Durch die Begleitung einer Person, die sowohl die Herkunftssprache als auch deutsch spricht und gleichzeitig beide Kulturkreise kennt, konnten viele Barrieren und Missverständnisse aufgehoben bzw. vermieden werden. Eine wertvolle und wichtige Arbeit, die das Projekt an vielen Stellen sehr gut unterstützt hat. Es wurden regelmäßig Kompetenzfeststellungen durchgeführt. In den meisten Fällen scheiterte die

Vermittlung selbst bei einer höheren Bildung daran, dass nur geringe Deutschkenntnisse vorhanden waren und die Lernfortschritte im Sprachkurs für eine qualifizierte Arbeit im Projektzeitraum noch nicht ausreichend waren.

Integrationsprozesse wurden immer wieder gehemmt, wenn sich die Lebenssituation nicht stabilisieren konnte oder durch beispielsweise nicht gezahlte Löhne, Kündigung, Schwangerschaft oder Krankheit massiv gestört wurde. Dann bedurfte es kontinuierlicher Beratung und Ansprache, die Menschen weiter zu motivieren. Positiv bewährten sich dabei die niederschwellige Begegnungsstätte und die Möglichkeit, bei Bedarf vor Ort Beratung / Hilfestellung erfragen zu können.

Im Projektverlauf zeigt sich aber auch, dass die Menschen auf dem illegalen Tagelöhnermarkt nur sehr schwer oder gar nicht zu intensiver Beratung geführt werden konnten. Trotz immer wiederkehrender aufsuchender Hilfe, trotz Streetwork und Informationsveranstaltung vor Ort konnten die meisten Tageslöhner nicht von ihrem Ziel abgebracht werden, Geld für sich und ihre Familien im Heimatland zu erwirtschaften. Viele waren ausschließlich mit diesem Ziel nach Deutschland gereist. Auch Informationsveranstaltungen mit Vertretungen von IG Bauen-Agrar-Umwelt, Ver.di sowie der Handwerkskammer, die die Einwanderer in ihrer Landessprache über legale und illegale Beschäftigung sowie Arbeitsschutz informierten, führten im Projektverlauf nicht dazu, diese Menschen an hiesige Berater oder Beratungsstellen zu binden.

Fazit für Ehrenfeld

Die Maßnahmen der aufsuchenden Hilfe und niederschwellige Begegnung führten dazu, die Menschen zu erreichen, ihnen die Inanspruchnahme der Gewerke beim Ehrenfelder Verein für Arbeit und Qualifizierung näher zu bringen und zu ermöglichen, Kompetenzfeststellungen sowie kleinere Arbeitsprojekte durchzuführen.

Hinsichtlich der Menschen auf dem illegalen Tagelöhnermarkt, die trotz intensiver Anstrengungen kaum zu umfassenderen Beratungen bewegt werden konnten, müssen andere Möglichkeiten der Ansprache überlegt werden. Vielleicht sind gemeinsame Angebote der Arbeitgeber vor Ort und / oder in Zusammenarbeit mit dem städtischen Amt für Wirtschaftsförderung – Arbeitsmarktförderung so attraktiv, dass sie zumindest das Interesse der Tagelöhner wecken und zum Weg in die Beratung führen. Im Rahmen der Weiterentwicklung von Willkommen in Köln II wird über Stadtteil- und Sozialraumkonferenzen und sonstige Gremien verstärkt versucht, die Situation zu verbessern

Situation und Herausforderungen im Stadtteil Mülheim

Die Ausgangssituation im Stadtbezirk war gekennzeichnet durch einen verstärkten Zuzug südosteuropäischer Sinti und Roma und die verstärkte Ansiedlung von Familien und einzelnen Arbeitssuchenden, wobei zahlreiche Zuwanderer/innen in prekären Wohn- und Sozialverhältnissen lebten. Der Zugang zu der Zielgruppe über klassische Unterstützungssysteme erwies sich als ausgesprochen schwierig, da neben Sprachbarrieren auch ein hohes Misstrauen gegenüber Behörden und Institutionen vorhanden war aufgrund deren Erfahrungen mit Willkür und Korruption in heimischen Behörden. Für den Stadtbezirk Mülheim/Kalk wurden in einer neu aufgebauten Beratungsstelle arbeitsmarktaktivierende Beratungsleistungen und Qualifizierungsangebote für die Zielgruppe vorgehalten und wenn möglich, erfolgte die Vermittlung in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Es entwickelten sich Unterstützungsstrukturen, in denen mit der Zielgruppe vertraute Personen, die Einblick in die Kultur und Sprache der Betroffenen hatten, insbesondere über Familienbildungsangebote den Kontakt herstellten.

Wichtig im gesamten Beratungsverlauf waren der Abbau der Vermittlungshemmnisse (Aufenthalts- und Meldestatus, Kinder im schulpflichtigen Alter, Wohnsituation, finanzielle Situation, Bildungs- und Qualifikationsabschlüsse), damit eine qualifizierte Kompetenzfeststellung in Richtung Arbeitsmarkt, ggfls. Arbeitsvermittlung erfolgen konnte. Informationen zu Arbeitsvertrag, Tarifverträgen, Arbeitszeitregelungen, Sozialversicherung etc. erfolgten in den Herkunftssprachen.

Fazit für Mülheim

Die Situation hat sich im Projektverlauf wie erwartet dargestellt. Durch die oben beschriebenen Maßnahmen wurde die Zielgruppe erreicht. Über den gesamten Projektzeitraum wurden 408 Menschen aktiviert, es erfolgten 634 individuelle Ansprache und 2.290 umfassende Beratungen. Die hohe Zahl

der Aktivierungen begründet sich u.a. in der räumlich engen Zusammenarbeit im Bezirksrathaus Mülheim mit dem Jobcenter.

Die Differenz der individuellen Ansprachen zu Ehrenfeld (4.725) war dem Umstand geschuldet, dass in Ehrenfeld ein hoher Anteil an alleinstehenden Männern zu verzeichnen war, woraus auch die hohe Fluktuation auf dem illegalen Tagelöhnermarkt resultierte – siehe Beschreibung Ehrenfeld.

Hilfreich wäre bei den oben beschriebenen Maßnahmen, den Beratungen zum Abbau von Vermittlungshemmnissen etc. der Einsatz der Integrationslotsinnen und –lotsen gewesen. Nachdem diese nach deren Bewilligung eingesetzt wurden, wurde die Verbesserung vor Ort spürbar. Sie konnten die Beraterinnen und Berater deutlich entlasten. Diese konnten sich stärker um Arbeitsberatung und –vermittlung kümmern, auch den Kontakt zu den Regelsystemen forcierten, um für die Familien Wege zum Jugendamt, Wohnungsamt und/oder Gesundheitsamt zu bahnen.

Situation und Herausforderungen im Stadtteil Kalk

Ähnlich der Situation im Stadtbezirk Mülheim war die Ausgangssituation im Stadtbezirk Kalk gekennzeichnet durch einen verstärkten Zuzug von Menschen aus Südosteuropa. Für den Stadtbezirk Mülheim/Kalk wurden, wie schon erwähnt, in einer neu aufgebauten Beratungsstelle arbeitsmarktaktivierende Beratungsleistungen und Qualifizierungsangeboten für die Zielgruppe vorgehalten und wenn möglich, erfolgte die Vermittlung in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Im Haus des Caritasverbandes in Kalk wurde eine niederschwellige Begegnungsstätte eingerichtet. Das Besondere hierbei war, dass die Besucher der Begegnungsstätte die weiteren im Haus befindlichen Angebote wie Sprachkurse, den Migrationsdienst etc. in Anspruch nehmen konnten. Die zahlreichen Informationsveranstaltungen erfolgten in den Herkunftssprachen unter anderen zu den Themen Arbeitsvertrag, Mietvertrag, Bewerbungstraining, Tarifverträgen, Arbeitszeitregelungen, Sozialversicherung etc.

Einbezogen in den stadtteilbezogenen Informationsaustausch waren, wie in den beiden anderen Stadtteilen ebenfalls, Mitarbeitende von kommunalen und örtlichen Akteuren im Stadtteil. Der wechselseitige Erfahrungsaustausch wurde angeregt und gepflegt.

Fazit für Kalk

Der Schwerpunkt dieses Moduls lag auf der niedrighschwelligigen Begegnungsmöglichkeit, die sehr gut von den Menschen aus Rumänien und Bulgarien angenommen wurde. Im gesamten Projektzeitraum fanden 426 individuelle Ansprachen statt, es erfolgten 217 umfassende Beratungen und 295 Personen wurden aktiviert.

Wurde die Zielgruppe erreicht (falls nein, welche Gründe gab es?)

Ja, die Zielgruppe wurde an allen drei Standorten erreicht.

In Ehrenfeld wurden die Menschen um den illegalen Tagelöhnermarkt mehrfach über den gesamten Projektzeitraum angesprochen, diverse Angebote und Informationsveranstaltungen wurden durchgeführt, dennoch hat ein Großteil dieser Personen die eingehendere Beratung nicht angenommen. Gründe hierfür waren die persönliche Motivation der Menschen, die wie bereits oben erwähnt, die in vielen Fällen darin bestand, in Deutschland Geld zu verdienen, um dieses zu ihren Familien ins Heimatland mit zu nehmen. Die Fluktuation war hier besonders hoch.

Worin bestand die zentrale Wirkung des Projekts und was hat sich für die Zielgruppe durch das Projekt verändert? (z.B. neue Kenntnisse, Kompetenzen, Handlungsoptionen...)

Zentrale Ziele des Projektes waren besonders

- die Menschen zu erreichen,
- ihnen Perspektiven in Richtung Arbeitsmarkt zu öffnen,
- bestehende Hemmnisse abzubauen und
- sie letztlich in die Lage zu versetzen, dauerhaft selbständig den Lebensunterhalt durch Arbeit sicherzustellen und
- die Integration und den Zugang in die hiesige Gesellschaft zu vereinfachen.

Die Menschen, die das Projekt in Anspruch genommen haben, sei es über die niederschwellige Begegnung als auch durch eingehendere Beratung, Begleitung und Sprachkurse, veränderten ihre persönliche Situation stark positiv. Ihre Kompetenzen befähigten sie dazu, eigenständig zu handeln und nur bei größeren Schwierigkeiten eine erneute Beratung in Anspruch zu nehmen. Durch Arbeitsvermittlungen steigerten die Menschen ihr Selbstwertgefühl erheblich.

An allen Standorten wurden Informationsveranstaltungen durchgeführt. Die Themen spiegelten auch die Erkenntnisse des Monitoring wider. Es waren Info-Veranstaltungen besonders zu den Themen Arbeit, Gesundheit, Wohnen. Um nur einige Themen etwas konkreter zu nennen:

- Das Gesundheitssystem in Deutschland
- Krankenversicherung in Deutschland
- Bewegung und Ernährung
- Arbeiten in Deutschland
- Grenzen der Freizügigkeit
- Steuern und Steuerklassen
- Vorstellungsgespräche
- Formularhilfe

Die durchschnittliche Teilnehmerzahl betrug 14 Personen. Vorträge waren in der Regel für eine Stunde geplant, verlängerten sich oft aufgrund des erhöhten Interesses und der interessanten Vorträge der Referenten/innen. Referenten/innen waren unter anderem Kollegen/innen des städtischen Wohnungs- und Ausländeramtes und der Gewerkschaften und Kammern. Die Veranstaltungen wurden durch rumänisch und bulgarisch sprechende Berater/innen begleitet.

Bei diesen Informationsveranstaltungen entstanden Kontakte zu den Beratern und Beraterinnen der Standorte und daraus ergaben sich weitere Anknüpfungspunkte für die Beratung.

Nachhaltigkeit der Maßnahme

Anknüpfend an die guten Erfahrungen und Erfolge wird das Projekt in 2016 mit dem Schwerpunkt der Integration in den Arbeitsmarkt weiterentwickelt. Die aufsuchende Hilfe und die niederschweligen Begegnungsstätten im ersten Projekt weichen zugunsten verstärkter Arbeitsmarktaktivitäten. Hierzu zählen nicht nur die Aktivierungen bei den Personengruppen selbst, sondern auch die solide Zusammenarbeit mit dem Jobcenter und weiteren Akteuren des Arbeitsmarktes.

Nachhaltigkeit ist zudem durch die Kooperation mit dem Jobcenter entstanden. Die Projektkoordination hat mit dem Jobcenter zusammen einen Kompetenzfeststellungsbogen entwickelt. Die Kompetenzfeststellung des Jobcenters, die in der Regel von beauftragten Trägern an mehreren Tagen durchgeführt wird, ist viergeteilt in die nachfolgenden Bereiche, aus deren Zuordnung sich unterschiedliche Handlungsstrategien ableiten lassen:

- Engagement und Motivation
- Fähigkeiten und Qualifikation
- Vermittlungshemmnisse
- Spezieller Arbeitsmarkt

Der vom Jobcenter anerkannte Kompetenzfeststellungsbogen wurde und wird nach wie vor von den Projektpartnern vor Ort genutzt. Der/ Die Betroffene muss daher nicht bei beiden Stellen gleiche Fra-

gestellungen beantworten. Dieser gemeinsame Bogen diente auch der vertrauensvollen Zusammenarbeit mit dem Jobcenter, die sich darauf verlassen konnten/können, dass die Fragen, die sie für eine Leistungsbewilligung benötigen, auch geklärt wurden.

Diesen Bogen sowie die Projekte Willkommen in Köln und Integrationslotsen stellten die Projektkoordinatorinnen im Fachausschuss Erstaktivierung im Jobcenter vor. Daraus entwickelten sich für die Zusammenarbeit der Kolleginnen und Kollegen vor Ort reibungslosere Absprachen.

Grundsätzlich gilt die Zuständigkeit des Jobcenters nur für Personen mit Anspruch auf SGB II Leistungen. Im Orientierungsservice bzw. im Eingangsbereich wird geprüft, ob ein Anspruch besteht oder nicht. Für Personen ohne Leistungsansprüche gelten die Angebote des Jobcenters nicht. Vereinbart wurde daher, dass bei Vorsprache rumänischer oder bulgarischer Menschen ohne Ansprüche des SGB II im Orientierungsbereich, durch die Mitarbeitenden des Jobcenters Flyer von Willkommen in Köln ausgehändigt wurden, die auf die Ansprechpartnerinnen und Partner im Projekt hinwiesen.

Die Zusammenarbeit mit dem Interkulturellen Dienst der Stadt Köln wurde durch die Projektkoordinatorinnen intensiviert, in diversen Arbeitskreisen wurde das Projekt bekannt gemacht, Flyer verteilt, wodurch Kontakte und Ansprechpartner auch für die Projektpartner vor Ort aktiviert wurden.

Ein wichtiger Aspekt der Nachhaltigkeit ist neben der Integration in den Arbeitsmarkt, dem Abbau der Vermittlungshemmnisse etc. die schon genannte Steigerung des Selbstwertgefühls der Menschen. Besonders der Einsatz der Arbeitsmarktlotsen machte deutlich, dass eine intensive, einzel-fallbezogene Begleitung von Kunden lohnt. Sie erhöhte nicht nur die Chancen einer Arbeitsvermittlung und die Motivationsfähigkeit zum Spracherwerb, sondern auch die Bereitschaft, sich gegen Diskriminierungserfahrungen zur Wehr zu setzen.

Wurde der Aspekt des Gender Mainstreamings berücksichtigt?

Bei der Durchführung aller Bausteine des Projektes wurden genderspezifische und kulturelle Aspekte beachtet.

Alle Angebote richteten sich grundsätzlich an Männer und Frauen. Die Struktur der Stadtteile war sehr unterschiedlich. In Kalk und Mülheim wurden überwiegend Familien beraten, in Ehrenfeld waren es vermehrt Männer.

In allen Standorten arbeiteten Beraterinnen und Berater mit den erforderlichen Sprachkompetenzen. Es zeigte sich, dass im Standort Kalk durch viele weibliche Mitarbeitenden Frauen und Familien angesprochen werden. In Ehrenfeld führte ein männlicher Berater Streetwork durch. Es hat sich kein massiver Bedarf an speziellen Angeboten für Männer oder Frauen gezeigt.

Welche Rückmeldungen kamen von der Zielgruppe?

Positive Rückmeldungen gab es, wenn die Menschen Erfolgserlebnisse hatten, zum Beispiel Arbeitsvermittlungen, Verbesserung ihrer Sprachkompetenzen und ihrer persönlichen und sozialen Lebensumstände und ähnliches. Insbesondere die Teilnahme an Sprachkursen verhalf vielen Personen zu einer Verbesserung und Erhöhung des Selbstwertgefühls, was sich u.a. in dem Wunsch zeigte, nach Abschluss eines Sprachkurses ein Zertifikat zu erhalten. Dies war oft das einzige und / oder „offizielle“ Dokument zum Nachweis einer in Deutschland erlangten Kompetenz.

Eine konkrete Rückmeldung aus dem Standort Kalk:

Teilnehmende aus Deutschkursen bereiteten zwei Mal bulgarische Köstlichkeiten zu. An der Zubereitung beteiligten sich zwei Kulturmittlerinnen und vier Kundinnen beteiligt. Eine Kundin aus Varna hatte eine Torte zubereitet, auf der die bulgarische Fahne und das Logo des Caritasverbandes gemalt waren. Das war ein emotionaler Moment für alle Anwesenden.

Kurze Projekteinschätzung

Das Hauptziel bestand in der Vermittlung von Menschen aus Bulgarien und Rumänien in den hiesigen Arbeitsmarkt. Im ersten Projektjahr ging es vor allem um das Erreichen und die Ansprache der Menschen, u.a. durch aufsuchende Hilfe, niederschwellige Begegnungsmöglichkeit und Informationsveranstaltungen. Im zweiten Schritt, vor allem im zweiten Projektjahr, gelang es durch den Abbau vieler Hemmnisse (Gesundheit, Wohnen, Schulden, Kindergarten, Schule) und erfolgreicher Teilnahme an Sprach- und Alphabetisierungskursen eine hohe Zahl an Aktivierungen zu erreichen.

Wie bereits unter der Position „Situation und Herausforderungen“ beschrieben, waren aus dem Antrag 2013 Elemente (Lotsen und Sprachförderung) herausgenommen worden. Sie wurden erst Monate später bewilligt und waren erst mit großer Zeitverzögerung für das Projekt Willkommen in Köln „nutzbar“. Die positiven Ergebnisse in dem kurzen Zeitraum, in dem beispielsweise die Arbeitsmarktlotsen eingesetzt wurden, lassen auf einen größeren Erfolg schließen.

Auch wenn das Projekt Erfolge verzeichnen kann und ihr Ziel erreicht hat, ist festzustellen, dass durch die Änderung des Konzeptes/ Projektantrages aus 2013 sicher weniger Menschen in Arbeit vermittelt wurden als möglich gewesen wären, wenn die beiden Module Lotsen und Sprachförderung zeitgleich gestartet wären. Sinn des hiesigen Konzeptes war ein durchdachter Gesamtansatz, alle Ressourcen im Projekt einzusetzen, um so das bestmögliche Ziel zu erreichen.

Der Stadt Köln oblag die strategische Projektsteuerung und –koordination. Unter anderem initiierte sie monatliche Projekttreffen mit den Kooperationspartnern sowie den Austausch und die Vernetzung mit weiteren kommunalen Akteuren. Die Projektleitung/-koordination steuerte und überprüfte Projekthalte und Zielerreichung und überwachte Finanzmittel. Bei Bedarf veranlasste die Projektkoordination Anpassungen im Hinblick auf die Zielerreichung.

In Zusammenarbeit mit den Projektpartnern wurden die Vorgaben für die operative Ebene erarbeitet und auf deren Einhaltung geachtet.

Im Bericht ist bereits die Zusammenarbeit mit dem Jobcenter dargestellt worden. Die Projektkoordination hat die trägerübergreifende Kooperation immer wieder angestoßen, an Arbeitskreisen teilgenommen bzw. Kontakt zu Standortleitungen des Jobcenters hergestellt. Für die Arbeit vor Ort ist der Kompetenzfeststellungsbogen fester Bestandteil der Beratung.

Projektkoordination war zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit / Transfer in die (Fach) –öffentlichkeit:

- regelmäßige Berichterstattung in die Politik: der Ausschuss Soziales und Senioren und der Integrationsrat wurden regelmäßig über den Projektfortschritt informiert
- Vorstellung des Projekts und Anstoß von Kooperationen in diversen Arbeitskreisen, u.a. im Bereich des Ausländeramtes, des Ordnungsamtes und des Jobcenters
- Angebote und Einzelmaßnahmen des Projekts werden auch über Flyer und Pressemitteilungen etc. transparent gemacht.
- Veröffentlichungen: eine Broschüre sowie diverse Pressemitteilungen, Flyer, Poster; Plakate

Vertretung durch die Projektkoordinatorinnen in diversen Gremien

Neben der Vertretung in städtischen Arbeitskreisen war die Stadt Köln Ansprechpartnerin für die wissenschaftliche Projektevaluation durch die G.I.B, für die Regionalagentur etc.

Die Koordinierungsstelle arbeitete sowohl auf regionaler, örtlicher Ebene als auch auf Ebene der überregionalen Akteure des Landes, der Bundes und auf EU-Ebene (Herkunftsländer).

Projektkoordination entwickelte zielgruppenspezifische Beratungs- und Bildungsangeboten gemeinsam mit den Akteuren vor Ort

Für alle Mitarbeitenden im Projekt war durch die Projektleitung im November 2014 eine Fortbildung zu folgenden Schwerpunktthemen initiiert und organisiert worden:

- Umgang mit schweren Schicksalen und schwierigen Lebenslagen im Spannungsfeld Begegnung, Abgrenzung und Authentizität
- Zielvereinbarungen: Das Machbare zwischen Allmacht und Ohnmacht

Fachtagung:

Im Rahmen der von Köln organisierten Fachtagung am 28.9.2015 wurde ein erstes Resümee des Projekts gezogen. Eine Dokumentation der Fachtagung wurde erstellt und ist als PDF Dokument „Fachtagung Chancen und Herausforderungen Südosteuropäischer Zuwanderung“ über die Internetseite der Stadt Köln / Leben in Köln / Diversity / Willkommen in Köln herunter zu laden.

Ein wichtiges Ziel der Fachtagung war zum einen der Ergebnistransfer der Projekte auf Landesebene, zum anderen auch die Formulierung von Handlungsempfehlungen, die in Workshops erarbeitet werden sollen. In der bisherigen Projektlaufzeit waren in allen Pilotkommunen Erfahrungen/ Erkenntnisse gesammelt worden, die von großem Interesse für die beteiligten Akteure sowie auch für die Landesvertretung sind. Die Erfahrungen der aktuellen Projekte haben wertvolle Erkenntnisse gebracht, die zu weiteren Projekten genutzt werden und die Weichen zur Arbeitsmarktintegration der Zielgruppe gelegt haben. Im nächsten Schritt ging es aber auch um die Nachhaltigkeit und Verstetigung der geschaffenen Strukturen / Angebote. Seitens des Landes gab es bereits eine Perspektive, wie diese geschaffenen Strukturen fortgesetzt bzw. weiterentwickelt werden können. Auch hier bot die Fachtagung eine gute Plattform, um sich auszutauschen, voneinander zu lernen und ggf. neue Ideen in einen Projektantrag für 2016 einfließen zu lassen. Bei einem Austauschtreffen der Pilotkommunen bei der G.I.B. in Bottrop haben sowohl die G.I.B. als auch die Regionalagentur ihre Unterstützung für die Antragstellung zugesagt, damit die Förderung der Pilotkommunen und damit die Aufrechterhaltung der aufgebauten Strukturen fortgesetzt werden können.

Die Fachtagung war ein geeignetes Instrument, um an einem Tag verschiedenste Zielgruppen zu erreichen, verschiedenste Akteure mit einzubinden und so auch von den Erfahrungen und Erkenntnissen der anderen Pilotkommunen partizipieren zu können. Ebenso war sie geeignet, um die Presse auf dieses wichtige Thema aufmerksam zu machen.